

deutsche und französische Auffassung über die endgültige Regelung der Tributzfrage einander gegenüberstellen. Die deutsche Auffassung, daß die endgültige Vereinbarung der Tributzfrage gleichzeitig zu einer Vereinbarung der mit der Tributzfrage zusammenhängenden politischen „Diskriminationen“ Deutschlands führen muß und nur auf diesem Wege eine allgemeine Befriedung der Atmosphäre, Wiederherstellung des Vertrauens und damit der erste Schritt zum allgemeinen Wiederaufbau Europas getan werden könne, ist auf französischer Seite auf die bisherige verständnislose und harte Ablehnung gestoßen.

Die Erregung in allen internationalen Kreisen ist heute Abend sehr groß. Von französischer Seite wird geschätzungsweise mitgeteilt, daß Herriot die von MacDonald vorgeschlagene Formel, daß der neue Vertrag den Völkern und den Völkern annulliere, wie diese den Teil 8 des Versailler Vertrages annulliert hätten, nur in einer Form für annehmbar erklärt habe, die das Wort „annullieren“ vermeide und durch „beenden“ ersetze. Inbezug auf die internationalen Schulden sei ein Einverständnis erzielt worden. Die Lage sei ernst.

Ergebnislose Abendbesprechung.

(S. 1. Aufl., 6. Juli.)

Die um 20 Uhr unterbrochenen Verhandlungen wurden am Abend um 21.30 Uhr wieder aufgenommen. Unter dem Vorsitz von MacDonald traten die Führer der Abordnungen der sechs einladenden Mächte im Hotel Beau Rivage zu einer Sitzung zusammen, an der von deutscher Seite diesmal außer dem Reichsminister auch Staatssekretär von Bülow und Ministerialdirektor Gaus teilnahmen. Auf französischer Seite soll man sich bisher nach französischen Mitteilungen bereiterklärt haben,

von der ursprünglichen Forderung von 4 Milliarden abzugehen, falls die deutsche Regierung in den politischen Fragen ihre bisherige Haltung aufbehalte.

In der Frage der Streichung des Teiles VIII des Versailler Vertrages soll der französische Vorschlag, den Vorschlag vom Reichsminister als unannehmbar abgelehnt worden sein. Es wird nunmehr versucht, doch noch eine Formulierung zu finden, die eine Einigungsmöglichkeit biete. Von allen Seiten wird hervorgehoben, daß der Reichsminister in den bis-

herigen Besprechungen nicht nachgegeben habe und den deutschen Standpunkt uneingeschränkt aufrecht erhalte. Die Besprechung ging um 22.45 Uhr zu Ende, soweit bekannt mit negativem Ergebnis.

Ueber den Verlauf der Abendbesprechung erzählt das Wolffsche Telegraphenbüro noch, daß Herriot im Gegen- satz zu dem Standpunkt, den er in seinen Erklärungen vor der Presse eingenommen hatte, sich im Verlauf der Sitzung unverändert sowohl auf eine Forderung von 4 Milliarden wie auf die Ablehnung der natürlichen politischen Konsequenzen durchaus verweist hat.

Unter dem Druck, der von allen Seiten auf ihn ausgeübt wurde, erklärte er schließlich, er habe so viele Papiere jetzt in der Hand, daß er sie zunächst zusammen mit seiner Delegation prüfen und überlegen müsse.

Außerdem fühle er sich körperlich erschöpft und hat um Abschluß der Verhandlungen für heute. Ein Termin für die Fortsetzung dieser neuen Verhandlungen für morgen ist zur Stunde noch nicht vereinbart. Auch MacDonald klagte schon vor Beginn der heutigen Abendbesprechung über heftige Kopfschmerzen, jedoch für ihre kurze Dauer neben den materiellen auch persönliche Gründe zweifellos mitgesprochen. Aus englischen Kreisen verlautet folgendes:

Die Zusammenkunft hat kein Ergebnis erbracht, und es ist auch kein Fortschritt über eine Einigung über die Summe der deutschen Leistungen oder die politischen Klauseln zu verzeichnen. Die deutsche und die französische Delegation verharren auf ihren Standpunkten. Eine neue Zusammenkunft zwischen Herrn von Bülow und Herriot ist für morgen früh vorgesehen. Es verlautet ferner, daß

diese Zusammenkunft eine entscheidende sein dürfte. Jedoch fürchtet man in englischen Kreisen, daß der morgige Tag mit Zusammenkünften und Verhandlungen völlig ausgefüllt sein wird, jedoch es wahrscheinlich erscheint, daß eine eventuelle Entscheidung nicht vor dem späten Abend erwartet werden dürfte.

Es heißt, daß eine Vollziehung der Konferenz nicht vor Freitag stattfinden kann. Weiter verlautet, daß trotz des Pessimismus, der in deutschen und französischen Kreisen herrscht, man in englischen Kreisen der Überzeugung ist, daß die Lage sich seit gestern verbessert hat.

Grubenunglück auf Zeche Dorffeld vor dem Landtag.

Beltsame Fremde des „Dorwärts“ und der „K. D.“

(S. 1. Aufl., 6. Juli.)

Bei Beginn der heutigen Plenarsitzung des Preussischen Landtages brachte der Kommunist Pies einen Antrag seiner Fraktion ein, der

die Regierung ersucht, das Verbot des „Dorwärts“ und der „K. D.“ sofort aufzuheben. (Seiterteil Rechts). Der Antrag wußte weiter, daß den nachgeordneten Behörden das Recht zum Erlaß von Zeitungsverboten entzogen wird. Der Redner erklärte, im Wahlkampf müsse jeder Eingriff in die Pressefreiheit aufs äußerste zurückgewiesen werden, und verlangt sofortige Entscheidung über den kommunikativen Antrag. Hiergegen wurde Widerspruch nicht erhoben. Der Sozialdemokrat Dr. Hamberg wies aber darauf hin, daß der kommunikativen Antrag in seiner jetzigen Fassung dem Staatsministerium einen Auftrag erteilen wolle, dem es nicht erfüllen könne.

und brachte einen sozialdemokratischen Änderungsantrag ein, wonach das Staatsministerium ersucht werden solle, nochmals auf das Entstehen der Reichsregierung für die sofortige Aufhebung des Verbotes des „Dorwärts“ und der „K. D.“ hinzuwirken. Der nationalsozialistische Fraktionsführer Rube stimmte jedoch dem kommunikativen Antrag zu. Er wandte sich gegen den sozialdemokratischen, der mit seinem Hinweis auf die Zukunft der Reichsregierung nur faulen Hauben darstelle. Die preussische Regierung sei es, die die Pressefreiheit unterdrücke! Der sozialdemokratische Änderungsantrag wurde gegen die Stimmen der Regierungsparteien abgelehnt.

Der kommunikativen Antrag, das Verbot des „Dorwärts“ und der „K. D.“ sofort aufzuheben, in namentlicher Abstimmung mit 197 Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten gegen 28 Stimmen der Deutschen Nationalen angenommen.

Die Regierungsparteien beteiligten sich vernünftigerweise nicht an dieser ganz unnützen Abstimmung. Immerhin ist es sehr bezeichnend für das politische Verantwortungsgefühl der beiden radikalen Parteien, daß sie die preussische Regierung auf einen Akt der Rebellion gegen die Reichsregierung auffordern. Dabei wurde die nationalsozialistische Presse in der letzten Woche täglich ungeduldig darüber, daß sie die Durchführung des Verbotes der beiden Blätter so lange verzögerte!

Der Vertreter des preussischen Handelsministeriums wies im Anschluß an die Berichtserstattung über die Beschlüsse des Ausschusses darauf hin, daß das preussische Staatsministerium in Wort und Schrift demütig gewesen sei, das Interesse des deutschen Exportgeschäftes aus dem Reich zu vertreten. Die Staatsregierung habe an der Aufhebung festgehalten, daß die notwendige Unterstützung dieses Produktionszweiges der Reichsregierung sei, ganz gleich, ob es sich um private oder öffentliche Betriebe handle. Die deutsche Metallindustrie sei ein wesentlicher Teil der heimischen Wirtschaft und von größter Bedeutung für die Unabhängigkeit vom Ausland in Kriegs- und Friedenszeiten. Solange die Verhandlungen mit dem Reich nicht zum Abschluß gelangt seien, werde die preussische Regierung, um die Stilllegung ihrer Werke im Oberharz und Untereich zu verhindern, einen vorläufigen Kredit zur Verfügung stellen.

Die umfangreichen

Anfragen der Journalisten über das Selbstmord-

um 14. Mai des Dr. Beantworte Ministerialrat

Kotter (Handelsministerium) a. a. wie folgt:

Das Selbstmord auf der Zeche Dorffeld vom 14. Mai ist darauf zurückzuführen, daß das Zwischen-

Sie wiesen ebenso wie das Gewerbe der Spindeln zum Teil einen übermäßigen Verschleiß durch

die vier- und fünfjährige Nutzung. Die Frage eines Verschleißes wird eingehend geprüft, wie es im Sinne nach der den Ausschussforderungen entspricht. Bei Prüfung der Maßnahmen, die auf dieses Unglück folgten, ist zu berücksichtigen, daß dieses Unglück seiner technischen Ursache nach vereinzelt dasteht. Zwischen- gewerbe mit Spindeln sind in erheblichem Umfang in Gebrauch, ohne daß ähnliche Schäden vorgekommen wären. Trotzdem werden solche Zwischenmaschinen entweder in kürzester Frist als nach der bisherigen Vorrichtung unterliegt oder überhaupt ganz durch andere Vorrichtungen ersetzt werden müssen. Die Gedanken, gegen die Spindeln der großen Belastungen habe ich im Handels- ausschuss schon vorgetragen. Kosteten nicht gegen plötzliche Beanspruchung sehr empfindlich. Bei tiefen Schäd- len können sie nicht verwandt werden, weil dann die Spindel stärker sein müssen. Trotzdem wird die bisherige Regelung, die auf einem Beschluß der preussischen Selbstschmelzkommission und der Grubenfahrschmelz- mission beruht, nochmals im Sinne der Ausschussfor- derung überprüft werden. Mögliche sind aus technischen Gründen abzulehnen. Sie geben keine große Sicherheit. Wollte brauchbare Vorrichtungen gibt es trotz jahrelanger Bemühungen noch nicht. Hoff-entlich gelingt es den Arbeiten auf der Grubenzeche, die Spindeln vorzuziehen zu schaffen. Die verlangten Sicherheitsprüfungen der Selbstschmelzmaschinen erfolgt bereits nach den gel- tenden Vorschriften. Die Ergebnisse der Selbstschmelz- prüfungen werden seit langem dem Landtag vorge- legt in Gestalt der jährlichen Grubenfahrschmelz- und Berichte der Grubenfahrschmelzgesellschaft. Außerdem werden die Vertreter des Landtags in den Gruben- fahrschmelzkommissionen eingehend über alle Fragen unter- richtet. Die Ausschussforderung, den Angehörigen der bei der Katastrophe auf der Zeche Dorffeld getöteten Bergleute weitere Beihilfen zu gewähren, beant- wortete der Regierungsvorsteher mit folgender Mitteilung: Die Hinterbliebenen der fünf getöteten Berg- leute haben bereits jetzt insgesamt über 6000 Mk. erhalten, wobei die endgültige Festlegung der Unfall- ernte noch aussteht. Auch die Verwaltung der Zeche für jeden Bergarbeiter den Satz, die Gruben und den Bergbauern Besatz. Von einem besonderen Antrage kann hier also wohl nicht gesprochen werden. Würde man ausnahmsweise aus finanziellen Mitteln nochmals die verlangten 6000 Mark den Hinterbliebenen geben, so würden die Witwen von Bergleuten, die bei anderen Un-fällen ums Leben gekommen sind, mit Recht dies als eine Zurücksetzung empfinden. Nur aus diesen menschlichen Gründen der Gerechtigkeit bitte ich den weitestgehenden Ausschussantrag abzulehnen.

Die weitere Ausschuss- besitzung hat hauptsächlich mit der Stilllegung der Bergwerke in Oberschlesien, deren Ergänzung aus grenzpolitischen und wirtschaftspolitischen Gründen gefordert wurde. Zu dem Selbstschmelzgeschäft erklärte der Nationalsozialist Frhr. v. Gregor, gegen einen Mann wie Pies, wäre nach nationalsozialistischer Auffassung, wenn er mit dem Verkauf der Aktien an fran- zösische Gruben drohe, das Landesverratsver- fahren einzuleiten.

Straffer verschleppt die Einberufung des Ueberwachungsausschusses.

(S. 1. Aufl., 6. Juli.)

Da der Abgeordnete Straffer (NS) den Ueber- wachungsausschuß des Reichstages, dessen Einberufung längst gefordert worden ist, noch immer nicht einberufen hat, hat der Abgeordnete Dr. Herr (Soz.) heute na- mens der sozialdemokratischen Reichs- tagsfraktion an den Präsidenten Brüning ein Schreiben gerichtet, in dem er den Präsidenten bittet, die notwendigen Schritte zum Zusammen- tritt des Ueberwachungsausschusses ein- zuleiten. In dem Brief wird zunächst darauf hin- gewiesen, daß seit dem 25. Juni die vom Abgeordneten Straffer gewünschte Mehrheit für den Zusammen- tritt des Ausschusses erreicht ist. Trotzdem, so heißt es weiter, ist bis zum heutigen Tage vom Abgeordneten Straffer der Zusammentritt des Ausschusses nicht veran- laßt worden. Die in dem Schreiben vom 25. Juni vom Abgeordneten Straffer in Aussicht gestellte weitere Nach-

richt ist uns ebenfalls nicht zugegangen. Wir sehen unter diesen Umständen in dem Verhalten des Abgeordneten den Versuch, den Zusammentritt des Aus- schusses zu verhindern, obwohl die von ihm selbst gestellte Voraussetzung, daß eine Mehrheit der Mit- glieder des Ausschusses den Zusammentritt wünscht, schon seit fast 14 Tagen erfüllt ist. Unter diesen Umständen müssen wir Sie, geehrter Herr Präsident, bitten, die nötigen Schritte zum Zusammentritt des Ausschusses von sich aus zu ergreifen.

Wie das Reichs- Büro hört, wird Präsident Brüning dem Abgeordneten Straffer den Brief der Sozialdemokraten mitteilen und ihn veranlassen, nun dem Wunsch der Parteien auf Zusammen- tritt des Ausschusses Rechnung zu tragen.

Das Getreidewirtschaftsprogramm der Reichsregierung.

Keine ausländische Zufuhr mehr nötig. / Brot, Kartoffeln, Fleisch und fett allein aus der Inlandserzeugung.

Erklärungen des Reichsernährungs- ministers.

(S. 1. Aufl., 6. Juli.)

Am Mittwoch Abend sprach Reichsernährungsminister von Braun im Rundfunk. Er führte in seiner Rede u. a. aus:

Zum ersten Male in der Nachkriegszeit wird Deutschland in diesem Jahre in seiner Brotversorgung frei und unabhängig vom Ausland sein. Niemand in der Welt kann uns, wie noch vor Jahren, heute durch Hunger auf die Knie zwingen. Die wichtigsten Nahrungsmittel: Brot, Kartoffeln, Fleisch und Fett stehen aus eigener Erzeugung in ausreichendem Maße zur Verfügung und können auch für die Dauer in solchem Umfang im Inlande erzeugt werden, wie die Ernährung unseres 65 Millionen Volkes es beanspruchen kann.

Gleichwohl hat der Staat große Aufgaben in der Verteilung dieses Erzeugnisses zu erfüllen. Wesentlich ist, die Getreidepreise das ganze Jahr über stabil zu erhalten. Auf der einen Seite muß der Landwirt in die Lage versetzt werden, seine Ernte nicht unmittelbar nach der Ernte abstoßen zu müssen, auf der anderen Seite muß für alle die Getreidemengen, die in den nächsten Monaten über den laufenden Bedarf hinaus auf den Markt gebracht werden, die Möglichkeit der Aufnahme geschaffen werden. Hinsichtlich der ersten Punkte nämlich des Getreidepreises — ist der Vollzugsbefehl der Grund- stücke hinsichtlich der alten Schuldbriefe, die nicht für die Bewirtschaftung im Wirtschaftsjahr 1931/32 auf- genommen wurden, ausgesetzt und verlängert worden. Darüber hinaus ist darauf hingewirkt worden, daß die Reichsbank, die Rentenbank, Kreditanstalt und die son- stigen Kreditinstitute keinen frühzeitigen Druck bei der Einführung ihrer Forderungen in den nächsten Monaten ausüben werden. Zur Vermeidung der Geldbedürfnisse der Landwirtschaft seien wiederum Möglichkeiten geschaffen worden, die eine Verteilung des Getreides gestatten. Dabei ist in diesem Jahre besonders dafür Sorge getragen, daß die Lombardierung des Getreides nicht durch zu hohe Lagerkosten erschwert wird. Wirklich kann dieses Vorgehen naturgemäß nur werden, wenn gleichzeitig jeder Angehörter von den immer noch völlig in Unordnung befindlichen und un- berechenbaren Weltgetreidemärkten auf unserem Markt ausgeschaltet wird. Der Minister nannte in diesem die Beschränkung der Weizen- und Roggen- ein- fuhr zu den letzten Wochen des alten Ernte- jahres ab 1. Juli die Erzeugung des Weizen- preises auf 180 bzw. 185 RM je Tonne und anderes mehr.

Ich nehme jedoch an, fuhr er fort, daß alle diese Maßnahmen, die das Angebot an Getreide aus dem In- und Auslande für die nächste Zeit möglichst gering halten sollen, nicht ausreichen werden, um eine gesunde Preis- entwicklung in den nächsten Monaten herbeizuführen. Aus diesem Grunde ist in erster Linie dafür gesorgt, daß die Bestände aus alter Ernte zum Schluß des alten Erntejahres als verbrauchte gelten können. Landwirt- schaft, Mühlen und Handel treten im großen und ganzen mit geräumten Speichern in das neue Erntejahr ein. Zur Erhöhung der Aufnahmefähigkeit sollen den Käufern namentlich der zweiten Hand aus- reichende Kredite von der Reichsbank, der Rentenbank, Kreditanstalt, der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse, der Getreidekreditbanken und sonstigen Banken zur Ver-

Kleine Nachrichten.

Dr. Brüning hat am Dienstag in Oberhausen und Wuppertal nur je etwa zehn Minuten sprechen können, da seine Gesundheit sehr angegriffen ist und ihm schon am Montag der Arzt das Reden verboten hat. Der Geschäftsausschuß des Preussischen Land- tags hat die Aufhebung der Immunität des Ministerpräsidenten und Abgeordneten Dr. h. c. Braun zur Durchführung einer Privatklage und zur Straf- verfolgung wegen Abdrucks von Briefen und Bescheid- gung Adolf Hitlers beschlossen.

fühlung gestellt werden. Die Verhandlungen mit diesen Stellen haben zu durchaus günstigen Ergebnissen geführt. Ferner wird für das neue Erntejahr wiederum der Vermittlungszwang von 97 v. H. eingeführt. Um eine möglichst starke Einlagerung zu erreichen, ist mit den Weizenmühlern vereinbart, daß sie über die normalen Vorräte hinaus zusätzlich etwa 230 000 Tonnen Inlands- weizen getrennt von ihren übrigen Vorräten für vier Monate einlagern. Als weiteres Entlastungsmittel wird auch das Austausch-Verfahren für Weizen und Roggen ab 1. August 1932 in Kraft gesetzt. Das Verfahren ist dabei so gestaltet worden, daß seine entlastende Wirkung vor allem in den ersten Monaten nach der Ernte fühlbar wird. Zugunsten des Roggenmarktes wird eine Erhöhung des Roggen- verbrauches um mehrere 100 000 Tonnen durch Aufhebung der im letzten Frühjahr zur Streckung der Roggenvorräte eingeführten Festsetzung der Ausma- ßungsgrenze von 70 v. H. erreicht werden. Die noch im Besitz der Deutschen Getreidehandelsge- sellschaft befindlichen Mengen an Ruffenroggen werden nicht am Getreidemarkt, sondern verpachtet mit deutscher Getreide zur Stillung des Getreidemarktes abgesetzt werden. Dieser Aktion sollen später Verpach- tungen mit anderen Getreidearten folgen. Den Getreidehändlern wird in stark erweiterten Ausmaß und unter der Bedingung die Eier zu standardisieren, verbilligter Mais zur Verfügung gestellt werden. Den durch die dargelegten Maßnahmen gekennzeichneten Kurs der Getreidepolitik wird die Reichsregierung während des ganzen Jahres in der großen Linie durchhalten. Der Bauer kann demnach mit Ruhe der Entwicklung des neuen Erntejahres entgegengehen und dem Verbraucher wird Brot zu gleichbleibenden Preisen zur Verfügung stehen.

Die Verluste, die die Landwirtschaft an tieri- schen Erzeugnissen in dem letzten Jahr gehabt hat, sind nach meinen Berechnungen etwa das Fünffache der Erzeugung, was im Getreidebau ver- loren ist. Das die Verminderung der Kauf- kraft des Bauern die fürchterlichen Folgen auch für unsere Städte, für die Industrie, den Handel und das Handwerk gehabt hat, weiß jeder, der überhaupt den An- spruch erheben kann, volkswirtschaftlich zu denken. Wenn ich die Getreideernte heute allein behandelt habe, so ist das deswegen geschehen, weil die Ernte un- mittelbar vor der Tür steht und alle Beteiligten auf das Programm warten. Die großen Aufgaben, die die Regie- rung dann zu lösen hat, liegen auf dem Gebiet der tierischen Erzeugung und auf dem Gebiet von Obst, Gemüse, Fleis- ch usw. Ich werde in kürzester Zeit im Rundfunk auch hier- über sprechen und keinen Zweifel darüber lassen, daß dort beim Bauern das Restraimenten unserer ganzen deutschen Wirtschaft liegt und daß der Kaufkraft des deutschen Bauern den ersten Schritt bedeutet auf dem Wege aus der Not. Ich bin der festen Überzeugung, daß wir alle gebunden sind, ob wir körperlich oder geistig ar- beiten, ob wir die Hände an der Maschine oder am Pfluge halten.

Einfuhrverbot von Frühkartoffeln.

(S. 1. Aufl., 6. Juli.)

Im heutigen Reichsanzeiger erscheint eine Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, durch die die Einfuhr von Kartoffeln in der Zeit bis zum 31. Juli 1932 unter Einfuhr- verbot gestellt wird. Am 1. August 1932 tritt der Handelsvertrag, der die Einfuhr von Kartoffeln bis zum 31. Juli 1932 wieder in Kraft.

In elf Stunden über den Atlantischen Ozean.

Von Neufundland nach Berlin.

(S. 1. Aufl., 6. Juli.)

Die amerikanischen Flieger Griffin und Mat- tern, die einen Weltflug durchzuführen wollen, dessen erste Etappe Berlin war, waren am Dienstag Abend gegen 22.30 Uhr M. C. 3. auf dem Flugplatz St. Johns in Neufundland gelandet. Sie hatten ursprünglich be- absichtigt, auf dem Flugplatz von Harbour niederzugehen, mußten aber davon absehen, da sie den Platz infolge des dichten Nebels und des Regens nicht finden konnten. Um 23.02 Uhr M. C. 3. flogen sie dann zu ihrem eigen- lichen Ausgangspunkt. Bereits heute vormittag um 10.30 Uhr überquerten sie die Stadt St. John's in der Grafschaft Donegal an der Nordküste Irlands mit 5000 Fuß Höhe. Sie hatten demnach die circa 3200 km lange Atlantikstrecke in der phantastischen Zeit von circa 11 Stunden bewältigt, mußten also eine Durchschnitts- geschwindigkeit von annähernd 300 km in der Stunde entwickelt haben. Sie erschienen um 15.15 Uhr über Hannover und landeten glücklich um 17.40 Uhr auf dem Tempelhofer Feld. Der Flugzeug flog noch eine Runde über dem Flugplatz und setzte dann, von den Wartenden begeistert mit Lärmschreien und Händeklatschen begrüßt, glatt auf. Im selben Augen- blick ging die amerikanische Nationalflagge am Hauptmast hoch. Es eroberte die amerikanische Na- tionalhymne. Mit vergnügten Gesichtern entließen die Flieger ihren Flugzeug.

Der Empfang in Berlin.

Am 6. Juli. Nachdem die beiden Weltflieger Griffin und Mattern gelandet waren, empfing sie sofort der hiesige Minister der Luftfahrt, Lohmeyer, sowie die Reichs- fliegerführer. Nach ziemlich flüchtig entworfenen der beiden Fliegen ihrer Maschine. Mattern, der die Führung hatte, machte einen sehr noch frischer Eindruck als Griffin, der, umgeben von vielen Begleitern, Wassertränken und anderen Vorräten, wohl ein ziemlich un- gemächliches Leben in seiner Kabine geführt haben mußte. Es folgten die Vertreter des Reichs- verkehrsministeriums und der amerikanischen Botschaft

viele Mühe, die Wilson endlich zu einem kurzen Ruhe- aufenthalt in das Flughafenhotel zu begleiten. Die Ma- schine wurde sofort nach der Landung in die Halle der Luftkassa geschleppt. Dort gab Griffin Anweisung zum Ziehen, daß der Weiterflug nach Moskau erfol- gungreich sein würde. Hauptmann Griffin und Leutnant Mattern gaben nur Paris an. Zu- nächst über ihren Flug, da sie den Wunsch hatten, sich zunächst einmal zu erfrischen. Sie sagten nur, daß sie über dem Ozean recht leichtes Wetter gehabt hätten, das sie, was, teilweise bis auf fünf Meter auf die Wellen herabzugesunken. Gelitten hätten sie zum Schluß des Fluges unter starkem Hunger, da ihre Lebensmittelvorräte für diese lange Reise etwas zu knapp gewesen seien. Zu dem Empfang, zu dem sich zunächst der amerikanische Bot- schafter Cadogan mit Begleitpersonal aus der ameri- kanischen Botschaft, der Ministerialrat Dr. Wegert aus dem Reichsverkehrsministerium in Vertretung von Mini- sterialdirektor Brandenburg und Stadtrat Adler als Ver- treter der Stadt Berlin eingefunden hatten, waren schließlich nur noch wenige offizielle Persönlichkeiten an- wesend, da die führenden Personen der ameri- kanischen und deutschen Behörden schon die Hoffnung aufgegeben hatten, die Flieger hier noch einzuholen.

Start nach Moskau.

Am 6. Juli. Die amerikanischen Weltflieger sind bereits am Mittwoch Abend um 21.02 Uhr vom Tempelhofer Feld auf dem Weiterflug nach Moskau gestartet.

Vor dem Weiterflug nach Moskau schickte Mattern seiner in Texas lebenden Gattin folgendes Tele- gram: „Hoffe nach Wochenende zurück zu sein. Ber- lin war großartig. Jimmie.“ Griffin wurde durch die Hilfe eines Kates in Unruhe nehmen, weil ihm eine Ader in der Nase gepiekt war. Inzwischen waren die Tanks mit circa 2000 Liter Benzin fast an- gefüllt worden. Die Flieger stiegen am Flughafenpostamt einige hundert Meter, die schon in Kempten abgehängt waren, mit deutschen Karten versehen und ab- hängten, da diese noch bei ihrer Rückkehr nach Amerika die Stempel aller Zwischenlandeplätze tragen soll. Die Weltflieger hatten mit ihrem Weiterflug zum Ein- bruch der Dunkelheit gemauert, weil dann die Nach- befeuerung auf der Strecke Berlin-Moskau ihnen den Weg zeigt.

Die Stim- findende Reich- 17. Juli 1932- abstellung) des- an den Verke- Sonntagen vo- offen. Wer e- steht in der S- tag, dem 9. J- stellt worber- Einspruch be-
S. Boshoff, wie es in eine- Zeitung hieß, gegen Ende-
S. Boshoff, auf aufmerksam- gehörtebenen R- kommenden M- R. Rabbe (Din-
Eine C- Der P-
„Die Allen- Stunde erinnern- Zeitgenossen, anlässlich seines- dazubringen, nach jenem Zu- und mit ihm- weitere Senio- in Bowd weis-
Das festerne- tungen an Ha- genommen Bild- Verkauf der B- einen geistliche- einigen andere- richtung eines- Lomd geplante- beizuführen un-
eingulaben. Die- bester Carl R- zu den Senio- ammittags 4- Herzen freudb- Gelegenheit zur- des Stadto- schott: 15.40 M- Nimmerstraße, Richtung Steig- mann; für die- Straße, 19.23 M- Friedhof.
In 24 Stund-
Wie i-
Daß der S- scharen Abweh- wird, bewiesen- Aufgriffe, die- Hauptstaatsbe- Tages erzielt-
Der Jollafl- nem Schubhund- 15 Paden Tabat- abfahrtsbereit f- R. Hebe konten- überstellen. —
Bardingshof- schinste Stelle B- während Beam- 3½ Zentner Ba- in die Hände H- R. Hebe konte- mit seinen Bea-
Somit sind b- insgesamt 22 J- abgenommen wo- Reichslandnahme- festgeblieben- dürfen sehen di- und versuchen m- bedrängenden B- geschäft dies be- Aufpassen, unt- Personen befind-
Bei einem- einer größeren S- des Jollaflente- lassen. Der Fund- geliebten Schm- Meistlich so la- innerer Verhöru-
Landwirts-
Am den C-
Die Diebstäh- Kartoffeln, Enten- der Gießbo- Boshoff-Winter- Umfang an. Aud- beschädigt. Durch- fester müßten m- wie der Ertrag i- wird. Es ist da- kommenden Band- bereits von heu- gehen. Am ton- der Wirtschaft- oder Landwirte d- der Patrouillen d-

[illegible]

